ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Währungspolitik - SPD-Bodenreformprogramm - Großbritannien - USA-Japan - Erdöl

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Währungspolitik - SPD-Bodenreformprogramm - Großbritannien - USA-Japan - Erdöl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 8, pp. 391-392

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134429

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

Währungspolitik

Psychologischer Schachzug der USA

Die Stützungskäufe der New Yorker Federal Reserve Bank mit harter Währung, vornehmlich DM, die für viele Beobachter überraschend kamen, können als Zeichen des amerikanischen Willens interpretiert werden, die im Dezember 1971 festgesetzten Paritäten zu verteidigen.

Zwar ist der Umfang der Dollarkäufe nicht besonders hoch (ca. 50 Mill. US-$). Er reicht jedoch aus, um das Vertrauen in den Dollar zu kräftigen und seinen Kurs über den unteren Interventionspunkt zu heben. Dieser Vertrauensgewinn wurde noch unterstützt durch die schwächer werdende Inflation und die steigende Zuwachsrate der realen Produktion in den USA. Aufgrund dieser günstigen Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft erholte sich der Dollar bereits schon alleine, und Finanzminister Schultz konnte die Währungsmaßnahmen trotz des knappen Bestandes der Devisenreserven leicht ergreifen.

Die Stützungskäufe können als psychologischer Schachzug gegen die mögliche Gefahr einer Blockbildung der EWG-Währungen verstanden werden, die unter Umständen in einem gemeinsamen Floaten gegenüber dem US-Dollar gipfeln könnte. Darüber hinaus werden die Stimmen derjenigen leiser, die für eine baldige Wiedereinführung der Gold- oder SZR-Konvertibilität des US-Dollar plädieren.

Ob durch diese Maßnahmen eine dauerhafte Erleichterung auf den internationalen Devisenmärkten sichergestellt wird und ob die USA auch in Zukunft entschieden die eigene Währung stützen werden, ist schwer zu sagen. Doch obwohl die Stützungskäufe ganz sicher keine Lösung des Währungsproblems garantieren, könnten sie aber die Bereitschaft der USA zur internationalen Kooperation auf währungspolitischem Gebiet signalisieren. jca

SPD-Bodenreformprogramm

Trotz Bedenken zu begrüßen

Gerade rechtzeitig zu den Bundestagswahlen ist es da: das Bodenreformprogramm der SPD. Es enthält einen Katalog von Maßnahmen, mit denen der Grundstücksmarkt aufgelockert und den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden soll, wichtige öffentliche Investitionsvorhaben ohne Behinderung durch Spekulanten durchführen zu können.

Unbestreitbar ist unser derzeitiges Bodenrecht antiquitiert. Es geht nicht an, daß einer kleinen Zahl von Grundeigentümern hohe Gewinne zuwachsen, die lediglich eine Folge kommunaler Entscheidungen sind. Die Abschöpfung solcher nicht „verdienter" Wertsteigerungen durch eine Planungswertabgabe ist durchaus zu begrüßen.

Kritischer zu beurteilen ist die geplante Bodenwertzuwachssteuer, insbesondere die Besteuerung nicht realisierter Gewinne. Die Abkehr vom Grundprinzip des Steuerrechts, nur realisierte Gewinne zu besteuern, ist verfassungsrechtlich zumindest bedenklich. Die geplanten Freibeträge von 5 bzw. 6% sind ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Bei der augenblicklichen Geldentwertungsrate wären dann reale Wertsteigerungen nicht mehr möglich. Insbesondere das Problem der jährlichen Neubewertung ist nicht zufriedenstellend zu lösen.

Die zweite brisante Reformmaßnahme ist die neue Definition des Eigentumsbegriffes. Die geplante Aufspaltung des Grundeigentums in ein Verfügungs- und Nutzungseigentum zielt in Richtung auf eine Kommunalisierung des Grund und Bodens. Ob diese Maßnahme wirklich notwendig ist, ist fraglich. Denn die im Rahmen des Reformprogrammes ebenfalls geplante Neufassung des Enteignungs- und Entschädigungsrechtes stellt ein gutes Mittel dar, den Kommunen die für ihre Vorhaben benötigten Grundstücke auch ohne die generelle Kommunalisierung des Bodens zu beschaffen und den Spekulanten wirksam zu begegnen.

Der vorliegende Entwurf eines Bodenreformpaketes ist also noch in einigen Punkten zu überdenken. Dennoch ist bereits das Bemühen, ein den Erfordernissen unserer Gesellschaft angemessenes Bodenrecht zu schaffen, zu begrüßen. li

Großbritannien

Teurer Kampf um Privilegien

Nur vordergründig geht es bei den neuerlichen Streikunruhen in Großbritannien noch um Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze der Dockarbeiter. Die entscheidenden Ursachen liegen tiefer. Die Gewerkschaften sehen ihre in der Vergangenheit erstrittene Autonomie durch das neue Arbeitsgesetz bedroht, das eine – wenn auch bescheidene – Reform der Gewerkschaftsstruktur und der bisher praktizierten Verhaltensweisen bewirken soll. Es stärkt die Rechte der offiziellen Gewerkschaftsführung und beschränkt die Handlungsfreiheit der Betriebsorganisationen. Der Kampf gegen das neue Gesetz, der gleichzeitig ein Kampf gegen die konservative Regierung Heath und damit um verlorene politische Machtpositionen ist, wird

daher von manchen „etablierten" Gewerkschaftsführern nur mit zwiespältigen Gefühlen und nur deshalb geführt, um das Vertrauen der Basisorganisationen nicht zu verlieren.

Eine weitere Ursache der latenten Krise ist darin zu sehen, daß gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Lage, die durch eine noch immer hohe Arbeitslosigkeit und einen weiterhin erheblichen Preisauftrieb gekennzeichnet ist, von den Gewerkschaften verstärkt verlangt wird, sich in ihren Forderungen und Aktionen gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Dieses Ansinnen stößt jedoch auf eine entschiedene Ablehnung von seiten der Gewerkschaften, weil es eine Änderung ihres traditionellen Selbstverständnisses zur Folge haben müßte. Zunehmend unter „moralischen" Druck gerät die Gewerkschaftsseite jedoch durch die — weitgehend eingehaltene — freiwillige Preisbeschränkung des Unternehmerverbandes, zumal deren Verlängerung von einer Mäßigung bei den Lohnforderungen abhängig gemacht wird. Ein Fortdauern der politischen Kraftprobe würde auch die dringend notwendige weitere wirtschaftliche Erholung des Landes verzögern. ew

USA — Japan

Erfolglose Handelsgespräche

Im japanischen Luftkurort Hakone bei Tokio fanden Ende Juli Handelsgespräche zwischen amerikanischen und japanischen Regierungsvertretern statt. Im Mittelpunkt der Gespräche, die auf amerikanischer Seite von Sonderbotschafter Eberle und auf japanischer Seite durch den Vize-Minister im Außenministerium, Tsurumi, geleitet wurden, stand das hohe amerikanische Defizit im Warenverkehr mit Japan. Daneben wurde die Möglichkeit einer gemeinsamen Haltung zur Neuordnung der Handelsbeziehungen mit der erweiterten EWG erörtert.

Der Verlauf der Gespräche war für beide Delegationen jedoch enttäuschend. Vor allem hinsichtlich des nachhaltigen Ausgleichs des amerikanisch-japanischen Handelsbilanzdefizits konnten keine nennenswerten Übereinkünfte erzielt werden. Die Amerikaner hatten erhöhte Einfuhrquoten für Computer, Computerteile, landwirtschaftliche Erzeugnisse und verschiedene Industrieprodukte verlangt. Anstelle der geforderten rd. 1 Mrd. $ Zusatzkäufe hat Tokio jedoch lediglich den Ankauf von Erzeugnissen im Gesamtwert von 210 Mill. $ zugesagt.

Auf der Grundlage dieses Ergebnisses besteht damit kaum Aussicht, das amerikanische Defizit in diesem Jahr unterhalb der angestrebten 3 Mrd. $-Grenze zu halten. Denn die Vorausschätzungen für das laufende Jahr auf der Basis der ersten sechs Monate belaufen sich bereits auf 3,8 bis 4 Mrd. $, und nach amerikanischer Meinung ist noch eine Tendenz zur Vergrößerung des Defizits festzustellen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß eine solche Lage zu einem verstärkten Druck in Richtung einer erneuten, diesmal einseitigen Aufwertung des Yen sowie zu einer Zunahme der protektionistischen Tendenzen in den USA führen wird, ist allerdings die amerikanische Hoffnung auf ein weiteres Entgegenkommen Tokios nicht unberechtigt. fjj

Erdöl

Gescheiterte Verhandlungen

Der Versuch der deutschen Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Deminex, sich an den BP-Konzessionen im Scheichtum Abu Dhabi zu beteiligen, ist gescheitert. Die zögernde Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Gewährung einer Finanzierungshilfe, der Anspruch der Regierung von Abu Dhabi auf eine 51 %ige Beteiligung an den Konzessionen im eigenen Land sowie eine angeblich geringe Ergiebigkeit des Konzessionsgebietes ließen die Gesellschafter von einem endgültigen Vertrag mit der BP absehen. Auch die deutsch-iranischen Rohölverhandlungen auf Regierungsebene, in denen die deutschen Mineralölfirmen eine Möglichkeit sahen, eine eigene Rohölversorgung aufzubauen und von den Zulieferungen der internationalen Mineralölfirmen unabhängiger zu werden, zeigen keine wesentlichen Fortschritte.

So bleibt der Bundesrepublik zunächst nichts anderes übrig, als die Verhandlungen im Rahmen der OPEC abzuwarten, die am 20. Juli zwischen dem Iran und einem internationalen Konsortium aus vierzehn im Lande tätigen Mineralölgesellschaften begannen. Bei diesen Verhandlungen wurde bereits Einigkeit über die Verlängerung des 1979 auslaufenden Liefervertrages um weitere 15 Jahre erzielt. Verhandelt wird noch über eine Preisgleitklausel, die den Rohölpreis den jeweils geltenden Preisen für industrielle Güter in westlichen Ländern anpassen soll. An den bisher erzielten Ergebnissen zeigt sich deutlich das Bemühen des Iran, in Zusammenarbeit mit den Mineralölgesellschaften eine Sicherung einerseits seiner Rohölexporte, andererseits der Rohölversorgung der Industriestaaten zu erreichen. Wenn einige Erdölländer diesem iranischen Beispiel folgen und nicht weiterhin glauben, Verstaatlichung oder zumindest eine 51 %ige Beteiligung an den Fördergesellschaften durchsetzen zu müssen, sollte die Bundesrepublik auch bei ihnen einen neuen Vorstoß in Richtung einer unabhängigen Rohölversorgung machen. na